

freiheit-liberté

Dezember 2025 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch

Editorial



Als ich Ende der Achtzigerjahre den Kindergarten besuchte, gab der Bund noch unter 30 Mia. Franken pro Jahr aus. Mittlerweile haben sich die Ausgaben der Eidgenossenschaft verdreifacht und stehen bei rund 85 Mia. Franken. Die Schwelle von 100 Mia. Franken werden wir noch vor 2030 erreichen. Eine bedenkliche Entwicklung. Doch die Probleme sind hausgemacht. Die Regulierungsdichte nimmt ständig zu. Die Vielzahl neuer Vorschriften schafft ein Dickicht, das selbst Fachleute kaum noch überblicken. Parallel dazu wächst der Verwaltungsapparat, was zusätzliche Kosten verursacht und Entscheidungswege verlängert. Für Steuerzahler und Unternehmen äussert sich dies in einer steigenden Steuer- und Abgabenlast, die Innovation bremst und das Vertrauen in staatliche Effizienz untergräbt.

Spricht der Bund von «Sparen», meint er lediglich einen etwas weniger starken Zuwachs der Mehrausgaben. Würden wir in unserem Betrieb so wirtschaften, wären wir schon längst Konkurs.

Der frühere Aargauer Ständerat Hans Letsch kritisierte diese Entwicklungen schon in den Achtzigerjahren. Er verfasste eine Schrift unter dem Titel «Stoppt den Staat – er ist zu teuer!». Er hätte keine Freude, würde er die Budgetzahlen 2026 sehen. Wir müssen die Bundesausgaben dringend wieder senken: Nur so bleibt der Standort Schweiz konkurrenzfähig. Stoppen wir den Staat, denn er ist wirklich zu teuer!

Diana Gutjahr, Nationalrätin
Vorstandsmitglied IG Freiheit

Widersprüchliche Forderungen für ein Verbot der Aussenwerbung Werbeverbote – ein linksgrünes Modethema

Die jüngste Schlagzeile stammt aus der Stadt Baden, die ein «Pilotprojekt zur Sensibilisierung von Werbung im öffentlichen Raum» lancierte. Im November 2025 wurde auf den Plakatflächen rund um den Bahnhof keine Werbung gezeigt. Die Flächen wurden «symbolisch der Bevölkerung und Besuchenden zurückgegeben». Der Stadtrat wollte mit dem Projekt auf «positive Auswirkungen von werbefreien Flächen» aufmerksam machen. So könnten die Passanten «für einen kurzen Moment geniessen, dass ihnen nichts verkauft werden soll».

Kritik am Einsatz von Steuergeldern

Die Stadt Baden begründete die Aktion mit ihren Klimazielen. Die Senkung des Konsumdrucks sei zentral, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null senken zu können. Konsum sei eine wesentliche Quelle von CO2-Emissionen: Es sei daher wichtig, «gemeinsam über Konsum und Werbung nachzudenken».

Die stadträtliche Aktion, die rund 13'000 Franken kostete, stiess auf heftige Kritik. Die FDP kritisierte den Einsatz von Steuergeldern für eine «absurde Aktion». Die SVP sprach von «intellektueller Schlichtheit», während die Mitte darauf hinwies, dass Werbung nicht per se schlecht sei, sondern vielmehr Ausdruck der Wirtschaftsfreiheit. Selbst einzelne SP-Exponenten kritisierten die umstrittene Aktion.

Bern und Zürich als Vorreiter

In Zürich und Bern gab es bereits ähnliche Aktionen. So forderten die Jungen Alternativen in Bern 2019 ein Verbot von Werbung für Flugreisen und Autos. Fliegen oder Autofahren seien moralisch verwerflich und dürften nicht mehr als «normal» gelten. Die Jungen Alternativen forderten gleichzeitig ein Verbot eingeflogener

Lebensmittel und die Aufhebung aller Parkplätze in Bern.

Nach langem Hin und Her überwies das Berner Stadtparlament den Vorstoss im September 2023 als Postulat. In der Budgetdebatte vom September 2025 erfolgte die Kursänderung: Aufgrund einer Kehrtwende der SP lehnte der Stadtrat das geplante Verbot kommerzieller Aussenwerbung ab. Entscheidend war die Erkenntnis, dass die Stadt Bern jährlich über 5,5 Mio. Franken einnimmt dank der diversen Plakatstellen in der Stadt.

Auch Zürich für Verbot

Auch das Zürcher Stadtparlament stimmte einem Vorstoss der Alternativen mit 58:57 Stimmen haarscharf zu: Kommerzielle Werbung soll in Zürich weitgehend verboten werden. «Das Ziel von Werbung ist, uns zu manipulieren», meinte ein AL-Parlamentarier. Was ihm nicht bewusst war: Die Stadt nimmt ganze 28 Mio. Franken über Werbung ein. Auch für die Zürcher Verkehrsbetriebe sind die Plakateinnahmen mit 15,7 Mio. Franken elementar. Die linken Parteien werden sich überlegen müssen, ob sie den öV nun fördern oder bekämpfen möchten.



Erfolgreiche Anlässe in der Ostschweiz

Metzgete, Whisky, Bier und viele neue Mitglieder

Diesen Herbst führte die IG Freiheit verschiedene Anlässe in der Ostschweiz durch: Zunächst stand in Appenzell ein Anlass bei der Brauerei Locher auf dem Programm, der sich an Neumitglieder richtete. Im Oktober folgte die traditionelle Herbsttagung im Toggenburg.



Besuch bei der Brauerei Locher: Thomas Rechsteiner, Aurèle Meyer, Melanie Racine, Karl Locher und Gregor Rutz

Im September fanden sich einige Dutzend Mitglieder und Interessenten am Brauereiplatz in Appenzell ein. Eröffnet wurde der Abend durch ein Referat von Firmenspatron Karl Locher, der die Geschichte und Entwicklung der erfolgreichen Brauerei in eindrucksvollen Worten schilderte. Gebannt lauschten die Anwesenden seinen Ausführungen, die von Geschäftsführer Aurèle Meyer ergänzt wurden.

Innovative Produkte

Kreislaufwirtschaft ist für Karl Locher kein Fremdwort – und auch kein ideologisch geprägter Begriff. Im Gegenteil: Es mache schon ökonomisch keinen Sinn, Abfall nicht zu verwerten. Vor diesem Hintergrund entstanden zahlreiche Ideen für

neue Produkte. Unter der Marke «brew-bee» produziert die Brauerei Locher Chips, Pizzas, Müesli oder Korn-Flakes – alles Nebenprodukte aus der Brauerei. Das Wachstum und der finanzielle Erfolg geben der innovativen Geschäftsleitung Recht – und dies notabene in einem schwierigen Umfeld und in einer Branche, welche aufgrund des sinkenden Alkoholkonsums ständig zu kämpfen hat.

Ein Betriebsrundgang mit Whisky- und Bier-Degustation rundete den Neumitglieder-Anlass ab. Für die zahlreichen Neumitglieder der IG Freiheit hat sich dieser Abend mehr als gelohnt.



Der Dokumentarfilm «Das Erfolgsgeheimnis der Schweiz» im Zentrum der Herbsttagung

Filmabend in Ebnat-Kappel

Anfang Oktober fand sodann die traditionelle Herbsttagung im Landgasthof Sonne in Ebnat-Kappel statt. Einmal mehr war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Für einmal standen nicht ein Podium oder ein Gastreferat im Zentrum der Herbsttagung, sondern es wurde ein Dokumentarfilm gezeigt. Autor, Produzent und Regisseur des rund 45minütigen Werkes ist Reto Brennwald, erfahrener Journalist

und langjähriger Moderator bei der Verleihung des «Rostigen Paragraphen».

Brennwalds Film trägt den vielversprechenden Titel «Das Erfolgsgeheimnis der Schweiz». In seinem Film dokumentiert er die schwindende Freiheit und den gleichzeitig zunehmenden staatlichen Einfluss: Bürokratie, Vorschriften und Kontrollen treten an die Stelle von Eigenverantwortung und Unternehmertum. Kritik bleibt oft aus: Die grassierende Staatsgläubigkeit ist zu einer ernsthaften Gefahr für den Wirtschaftsplatz geworden.

Im Fokus der Bürokratie

Die Geschichte des Films dreht sich um einen Bauernhof im Zürcher Oberland, der abgebrannt ist. Die Besitzer, eine junge Familie, sahen sich beim Wiederaufbau mit einer unglaublichen Bürokratie konfrontiert. Die Dokumentation Brennwalds veranschaulicht, welche absurden Auswirkungen staatliche Überregulierung haben kann.

Dem Film folgte eine engagierte Diskussion, in welcher sich Reto Brennwald das eine oder andere spannende Detail entlocken liess. Die traditionelle Metzgete rundete den gelungenen Abend ab.



Herbsttagung 2025: Gregor Rutz, Melanie Racine, Esther Friedli und Reto Brennwald



LIBERALES INSTITUT

Veranstaltungshinweise

LI-Konferenz «Schweiz-EU: Wie weiter?»

4. März 2026, 18:30 Uhr, Zürich

Eine Debatte über die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Im Zentrum steht die Frage, ob sich die Schweiz enger an die EU binden soll oder angesichts interner EU-Probleme vielmehr ihre Unabhängigkeit und freiheitliche Tradition wahren muss.

Es diskutieren Professor Gerd Habermann, Professor Paul Richli und Verleger Roger Köppel.



Anti-Tabak-Gesetzgebung auf Abwegen

Nach intensiven Diskussionen schufen die Stimmbürger vor 13 Jahren Klarheit bezüglich Rauchverboten und der Möglichkeit für Fumoirs: Mit der Ablehnung der Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» wurde die geltende Gesetzgebung bestätigt. Für Hotels und Restaurants ein wichtiger Entscheid, der Rechtssicherheit und damit die Grundlage für Investitionen schuf.

Das Verdikt im September 2012 war klar: Mit 66% Nein-Stimmen verwarfen Volk und Stände die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen». Die Initiative forderte ein generelles Rauchverbot. Mit der Ablehnung der Initiative war klar: Die Bundesgesetzgebung wurde bestätigt. Damit galt zwar grundsätzlich ein Rauchverbot, Fumoirs aber blieben erlaubt. Für die Hotellerie, aber auch Restaurants eine wichtige Grundlage für Investitionen.

Nachdem sich diese Regelung in den vergangenen 10 Jahren gut eingespielt hat, tauchen nun wieder vermehrt Forderungen nach radikalen Rauchverboten auf. Beflügelt durch die Werbeverbotsinitiative («Kinder ohne Tabak») lancieren linke Kreise immer wieder Vorstösse für Werbeverbote, Rauchverbote oder andere Einschränkungen für Tabakwaren, Alkoholika oder andere unerwünschte Lebens- und Genussmittel.

Radikale Forderung in Genf

Der jüngste Vorstoss stammt aus der Stadt Genf. Dort soll das Rauchen auf Restaurantterrassen während der Essenszeiten künftig verboten werden. Das Genfer Kantonsparlament hat kürzlich einen entsprechenden Vorstoss der Mitte-Fraktion angenommen. Nach Angaben der Zeitung «Tribune de Genève» stimmten 48 Abgeordnete für diese Forderung – darunter Vertreter der Linken, der Mitte, einige SVP-Parlamentarier sowie ein Mitglied des Mouvement Citoyens Genevois (MCG). 39 Parlamentarier von FDP, MCG und LJS lehnten die Motion ab, vier enthielten sich.

Die Befürworter eines Verbots argumentierten, es gehöre zum guten Benehmen, nicht in der Nähe von Menschen zu rauchen, die essen. Sie verwiesen aber auch auf die gesundheitlichen Risiken von Passivrauchen und die Vorbildwirkung für Kinder. Umgekehrt brachten die Gegner der Motion vor, es gebe keine wissenschaftlichen Studien zur Gefährlichkeit von Passivrauchen im Freien. Zudem werde die Situation nicht besser, wenn die Raucher dann auf den Trottoirs vor den Restaurants stünden, was wiederum Lärmbelästigungen verursache.

Genf allein auf weiter Flur

Für die Gesundheit ist in Genf Staatsrat Pierre Maudet zuständig. Er kündigte an, dem Grossen Rat möglichst rasch einen Gesetzesentwurf vorlegen zu wollen. Damit erhielte Genf das restriktivste Rauchverbot der Schweiz.

Rauchverbote auf Restaurantterrassen gibt es weltweit kaum. In Australien gibt es gewisse Verbote in «outdoor dining areas», ebenso in Schweden. Belgien kündigte an, dass ab dem 1. Januar 2027 auf Terrassen von Cafés und Restaurants sowohl Rauchen als auch Vapen verboten sein sollen; in Spanien arbeitet die Regierung an einem entsprechenden Gesetz. In Frankreich wiederum bestehen Rauchverbote in gewissen Aussenbereichen wie Bäder, Schulen oder Kinderspielplätzen. Hingegen ist das Rauchen auf Restaurantterrassen noch erlaubt.

Seltsames aus Deutschland:

Taschenmesser ohne Messer

Nach dem Terroranschlag vom August 2024 in Solingen verschärfte Deutschland sein Waffengesetz. Gemäss §42 des Waffengesetzes ist es seit einem Jahr bei öffentlichen Veranstaltungen wie Volksfesten, Sportveranstaltungen oder Märkten sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln verboten, Messer mitzuführen. Das Verbot gilt für alle Messer, unabhängig von der Klingenlänge und der Beschaffenheit: Auch kleinste Taschenmesser sind betroffen. Verstösse gegen das Verbot haben Bussen von bis zu 10'000 Euro zur Folge. Dies rief die Schweizer Firma Victorinox auf den Plan: Neu gibt es auch Schweizer Taschenmesser ohne Messer. Für 39 Euro kann man den «Allround-Öffner» erwerben, der neben einem Dosenöffner und einem Schraubenzieher noch eine Schere als Werkzeug bietet.

Paragrafen-Warnung

Billettkontrollen als Stressfaktor

Wer im Tram oder Bus schwarz fährt, verstösst gegen die Regeln. Doch so einfach sei das nicht, argumentierten linksgrüne Parlamentarier im Zürcher Gemeinderat. Billettkontrollen seien ein «Stress» für Personen ohne Fahrausweis. Den bürgerlichen «Law and order»-Drang gelte es zu bekämpfen, da er sich gegen arme Leute richte. Geld müsse in die Kundenberatung und die Angebote investiert werden – nicht dort, wo die Kunden gestresst werden. Die Argumente, dass Schwarzfahren asozial und rechtswidrig sei und dies die zahlenden Passagiere belaste, verhallten ungehört. Zürich – das Epizentrum des Irrsinns?

Schnitzel bleibt Schnitzel

Das Europaparlament diskutiert, ob Begriffe wie «Steak», «Schnitzel» oder «Wurst» nur noch für Tierprodukte verwendet werden dürfen. Für vegetarische Produkte sollen diese Bezeichnungen verboten werden: Eine «Tofu-Wurst» oder einen «Veggie-Burger» dürfte es nicht mehr geben. Damit gälte für die traditionellen Fleischbezeichnungen neu quasi ein Herkunftsschutz. Das Verbot wird mit dem Schutz von Konsumenten und Landwirten begründet. Da noch keine Einigung vorliegt, wurde das Thema vorerst vertagt.

Lügen gesetzlich verboten

Der umtriebige SP-Nationalrat Fabian Molina will den Bundesrat und die Verwaltung künftig gesetzlich dazu zwingen, die Wahrheit zu sagen. Molina ortet bei verschiedenen Bundesräten diesbezüglich Defizite – so etwa bei Viola Amherd, die über den Kauf des F35 nicht korrekt informiert habe. Heute schreibe die Schweizer Rechtsordnung «nur implizit» vor, die Wahrheit zu sagen. Dies soll gemäss Molina nun ändern – auch wenn ihm bewusst sei, dass allfällige Verstösse kaum geahndet werden könnten.

Schlusspunkt

Drangsalierte Autofahrer – unglaubliche Politiker

Die Europäische Union beschloss im Frühjahr 2023, ab 2035 nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Die Grünen wollten das Verbot bereits 2030 einführen. Doch die deutsche Autoindustrie lief Sturm. Der Protest war erfolgreich: Die Kommission will vom radikalen Verbot abrücken. Noch nicht angekommen ist die Trendwende indessen bei den rotgrünen Stadtregierungen in der Schweiz, die immer noch alles unternehmen, um Automobilisten zu verdrängen.

Die grüne Welle scheint in den EU-Gremien abzuflauen. Nachdem Bundeskanzler Merz, Ministerpräsidentin Meloni und Premierminister Tusk bei Kommissionspräsidentin von der Leyen vorstellig geworden sind, rückt die Kommission vom Verbrenner-Verbot ab: Die Emissionen der Neuwagenflotte sollen nicht mehr um 100 Prozent, sondern wohl nur noch um 90 Prozent sinken. Verbrennermotoren könnten damit auch über 2040 hinaus eine Zukunft haben.

Voreilige Bürokraten?

Die Autoindustrie begrüsst den Entscheid: Kaufentscheidungen sollen von den Kun-

den getroffen werden und nicht von gesetzlichen Vorgaben abhängen. Hinzu kommt, dass vielerorts die Infrastruktur mit Ladestationen etc. noch nicht auf dem erwünschten Niveau ist – was auch wiederum Einfluss auf die Kaufentscheidungen hat.

Faktum ist: Mit diesem realitätsfernen Entscheid hat die EU-Kommission die Probleme der europäischen Autoindustrie weiter verschärft. Technologieführer China dürfte sich die Hände reiben. Die europäischen Unternehmen haben punkto Innovation und Konkurrenzfähigkeit wertvolle Zeit und Energie verloren.

Mittelalterliche Stadtpolitik

Diese Überlegungen sind noch nicht in allen Schweizer Städten angekommen. Parkplatz-Abbau, Verkehrsbehinderungen und Fahrverbote prägen den politischen Alltag. Obwohl der Bund den Auftrag hat, die Hierarchie der Strassennetze wieder herzustellen (das heisst: kein Tempo 30 auf Hauptachsen), erwägt der Zürcher Stadtrat eine Beschwerde gegen ebendiesen Entscheid der kantonalen Stimmbevölkerung, welche einer entsprechenden Initiative zugestimmt hat. Die Hoffnung bleibt, dass nach den Wahlen vom kommenden Jahr einsichtiger Amtsträger walten.

Positive Wirkung von Wein

Liest man die Präventionspamphlete aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO), könnte man meinen, bereits der erste Schluck Wein sei lebensgefährlich. Tatsächlich ist aber wissenschaftlich erwiesen: Wein hat im richtigen Mass durchaus gesunde Wirkungen. Gute Nachrichten für die Feiertage.

Der Alkoholkonsum in der Schweiz ist seit vielen Jahren rückläufig. Bierbrauer, Weinproduzenten und Spirituosenhändler leiden unter dieser Entwicklung – ebenso Restaurants und Hotels. Doch selbst diese Entwicklung vermag die Gesundheitsfanatiker in der WHO und bei der Bundesverwaltung nicht zu bremsen.

Zu viele Alkoholiker?

Laut Verlautbarungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) trinkt jede fünfte Person zu viel oder zu oft. Die Hürden setzt das BAG sportlich an: Trinken Männer regelmässig 4 Gläser oder Frauen 2 Gläser, gilt dies als riskant und könne zu Schäden führen. Ab 5 Gläsern bei Männern und 4 Gläsern bei Frauen, seien nicht nur die Konzentration, Urteils- und Reaktionsfähigkeit aufgrund des Rauschzustands beeinträchtigt, sondern auch das Risiko für Krankheiten und Gedächtnisprobleme wesentlich höher.

Wissenschaft relativiert

Wie der Tages-Anzeiger kürzlich bekanntmachte, gibt es aber auch andere Einschätzungen. David Fäh, Präventivmediziner und Ernährungswissenschaftler,

erklärte in einem Interview, dass zwar durchaus Risiken bestünden beim Konsum alkoholischer Getränke, diese aber zu relativieren seien, da sich auch positive Effekte einstellten. Durch moderaten Konsum, so Fäh, würden die Risiken für Diabetes, Herzinfarkte und andere Herz-Kreislauf-Erkrankungen sinken. Daher lasse sich «kein Effekt auf die Lebenserwartung» feststellen.

Fazit: Selbstverantwortung ist auch hier der einzig richtige Weg. Dass der Tages-Anzeiger am selben Tag einen Artikel zur lebensverlängernden Wirkung von Kaffee publizierte, der überdies vor Demenz, Diabetes und Depressionen schütze, zeigt, wie relativ all diese Studien sind.



Beispiele für Warnhinweise auf Weinflaschen (Bild: healdsburgtribune.com)



Veranstaltungen

Spezialanlass für Neumitglieder

Montag, 9. März 2026

Parlamentsgebäude, 3001 Bern

20. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

Donnerstag, 28. Mai 2026

Aura, Bleicherweg 5, 8001 Zürich

Impressum



IG Freiheit
Postfach 470, CH-8702 Zollikon
T +41 43 499 40 33, F +41 44 391 32 30
info@freiheit-liberte.ch
www.freiheit-liberte.ch
Postkonto: 85-518003-6
Auflage: 3'000 Expl.